Drama auf der Theresienwiese: Polizei schießt - Frau verstorben!

Polizei schießt auf Frau an der Theresienwiese in München. Hintergründe unklar, Frau verstorben. Erfahren Sie mehr über den Vorfall.

Theresienwiese, München, Deutschland - Am 5. September 2024 ereignete sich ein schwerer Vorfall in der Münchener Innenstadt, als ein 18-jähriger Österreicher namens Emra I. mutmaßlich einen versuchten Terroranschlag verübte. In der Nähe des israelischen Generalkonsulats und des NS-Dokumentationszentrums eröffnete er das Feuer auf Sicherheitskräfte, die daraufhin zurückschossen und den Angreifer töteten. Emra I. war vor den Vorfällen den österreichischen Behörden bekannt, jedoch nicht als „Hochrisiko-Gefährder“ eingestuft. Im Zuge der Ermittlungen wurden auf seinem Handy Daten und ein Computerspiel gefunden, die auf islamistisch-terroristisches Gedankengut hinweisen. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann erklärte nach dem Vorfall, dass

die Situation „bereinigt“ sei, während Innenministerin Nancy Faeser den Schutz jüdischer Einrichtungen als unerlässlich betonte.

Am 7. Juni 2025, über ein halbes Jahr nach dem Terrorvorfall, wurde die Münchener Polizei erneut konfrontiert mit einer kritischen Situation auf der Theresienwiese. Hier kam es zur Anwendung von Schusswaffen, als eine Frau, die mehrere Passanten mit einem Messer verletzte, von den Beamten niedergeschossen wurde. Obwohl die Hintergründe des Vorfalls unklar sind, wurde die Frau später im Krankenhaus notoperiert, verstarb jedoch an ihren Verletzungen. Daher bleibt ungewiss, ob und wie viele Menschen darüber hinaus verletzt wurden. Die Polizei bestätigt, dass keine unmittelbare Gefahr für die Allgemeinheit bestehe, äußerte sich jedoch nicht zu den genauen Umständen des Vorfalls.

Diskussion um Polizeigewalt und Schusswaffeneinsatz

Diese tragischen Ereignisse werfen erneut die Frage nach dem Einsatz von Schusswaffen durch die Polizei auf. In Frankreich beispielsweise sind Tötungen von Fahrer*innen und Fahrgästen durch Polizeigewalt ein langjähriges Problem. Ein Gesetz zur inneren Sicherheit wurde geändert, um den Einsatz von Schusswaffen nur unter „absoluter Notwendigkeit und strikter Verhältnismäßigkeit“ zuzulassen. Strafverfolgungsbeamte sollen Schusswaffen meiden, wenn weniger schädliche Mittel zur Verfügung stehen. Die Vorschriften, die den Schusswaffengebrauch von direkten Bedrohungen für Leben abgrenzen, entsprechen jedoch nicht den internationalen Menschenrechtsstandards.

Seit 2017 ist ein Anstieg extremer Polizeigewalt in Frankreich zu beobachten, insbesondere gegenüber Minderheiten. Nils Muižnieks von Amnesty International bemängelt, dass zu viele Menschen, insbesondere Schwarze und arabische Mitbürger*innen, in ähnlichen Situationen von der Polizei

erschossen wurden. Dies führt zu einer anhaltenden Forderung nach Reformen, die den schädlichen Schusswaffengebrauch eindämmen sollen.

Die Ereignisse in München verdeutlichen, wie wichtig eine solche Reform auch in Deutschland ist, denn der tragische Vorfall an der Theresienwiese könnte Fragen zur Angemessenheit des Polizeieinsatzes aufwerfen. Die kontinuierliche Diskussion über die Gewaltausübung durch die Polizei ist daher unabdingbar, um Vertrauen in die Sicherheitskräfte herzustellen und solche schrecklichen Vorfälle in Zukunft zu verhindern. Die politischen Verantwortlichen stehen in der Pflicht, die tragischen Geschehnisse zu analysieren und gerechte Maßnahmen zu ergreifen, um das Vertrauen der Bürger*innen zu wahren.

Für weitere Informationen zu den Vorfällen können Sie die Berichterstattung von **tz.de**, **ruhr24.de** und **amnesty.de** konsultieren.

Details	
Vorfall	Terrorismus, Körperverletzung
Ursache	islamistische Radikalisierung
Ort	Theresienwiese, München, Deutschland
Festnahmen	1
Quellen	• **www.tz.de** • **www.ruhr24.de** • **www.amnesty.de**

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net